

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die unterstehende eingetragene Blauschrift be-
zeichnet die Redaktion dieser Zeitung.

Verleger: Robert Scherer, Berlin, Unter
den Eichen 15. Druck: Carl Schreyer, Berlin, Unter
den Eichen 15.

Eine deutsche Verbalnote an die Schweiz.

Gegen die Mißstände in den amerikanischen Gefangenenlagern.

Die deutsche Regierung hat, wie wir erfahren, durch das Auswärtige Amt unter dem 30. September der Schweizer Regierung eine Verbalnote übermitteln lassen, in der um Abhilfe gegen die Mißstände in amerikanischen Gefangenenlagern die deutsche Kriegsgefangene gebeten wird.

Nach der anfänglich guten Behandlung in amerikanischen Lagern beginnt jetzt ein Wandel zum Schlechten einzutreten, der neben strengen

Erfolgen für geringe Vergehen auch zur Gefährdung und Vernichtung von Menschenleben geführt hat. So sind im Lager St. Cloud 33 Gefangene durch eine Pulverexplosion schwer verunglückt. In anderen Lagern wird eine neunkündige Arbeit verlangt, und neben unzulänglicher Versorgung in denkbar schlechtester Weise für Unterkunft gefordert.

Die deutsche Regierung bittet die Schweizer Regierung, diese Tatsachen zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen und darauf zu dringen, Delegierte zur Kontrolle der Lager entsenden zu dürfen.

Italien ratifiziert.

J. S. Nach den letzten römischen Nachrichten kann von einer Stunde zur anderen die Mitteilung erwartet werden, daß die beiden Friedensverträge mit Deutschland und Deutschland (der Republik Österreich) ratifiziert sind. Die Ratifizierung soll, nachdem das Parlament aufgeht, im kaiserlichen Dekret auf Vorlage des Ministerrats erfolgen. Es ist dies kein plötzlicher Entschluß, sondern schon in dem Bericht an den König, der die Kammeraufsicht empfahl, war dies Vorgehen in Aussicht genommen. Es war darin darauf hingewiesen worden, daß auch die Friedensverträge von 1866 und 1868 von Venedig und Wien zuerst durch königliches Dekret vollrechtlich ratifiziert und erst später durch Kammervotum die Dekrete in Gesetz verwandelt wurden. Eine solche Prozedur entspräche ebenso sehr den italienischen staatsrechtlichen Traditionen als den Bestimmungen der Verfassung. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß die Friedensratifikation bis in die allerletzten Wochen dieses Jahres verschoben wird, denn die Annahmen sind erst auf den 10. November und der Zusammentritt der neuen Kammer auf den 1. Dezember angesetzt. Da die Debatte, wie man in Frankreich gesehen hat, sich immerhin unerwartet lange hinziehern kann, würde dadurch eine Lage entstehen, die von den eigenen Verbündeten Italiens sehr übel aufgenommen würde. Und es scheint, daß man gerade jetzt, wo Minister Tittoni mit großer Beschleunigung nach Paris zurückgereist ist, um den großen Streitfrage vorzulegen, die den Anlaß zur Ausschreibung der Neuwahlen gegeben hat, in keiner Weise vorgegriffen. Denn die Regelung der Stellung dieser beizumittelnenden Italienstadt ist in keinem Paragraphen des Vertrags mit der ehemaligen Donaumonarchie festgelegt; dieser ist vielmehr durch Belassung der neuen Grenzen die Frage des Gebietes nicht einmal in dem berühmten Londoner Vertrag vom April 1916 eine Bestimmung enthalten, auf die man in Rom sich jetzt berufen könnte. Im Gegenteil, man wünscht alles auf dem Wege neuer Verhandlungen zu ordnen, bei denen es sich nur darum handelt, den harten Standpunkt Wilsons zugunsten der Italiener zu überwinden und durch eine Konzeption der Alliierten auf die von der Kammer feierlich proklamierte „italianische“ Stimmes die freischaren Bannmünzen allmählich nicht nur in der Nachkriegsverwaltung, sondern auch geistig vom übrigen Italien abspalten. Tittoni wird richtig rechnen, wenn er in der Unterchrift unter den Vertrag ein Mittel zu Gleichzeitigkeit dieser Verhandlungen erblickt. Die Gefahr, daß diese durch militärische Überwachungen geführt werden könnten, ist nicht groß. Gegenüber der Meldung eines Pariser amerikanischen Blattes über serbische Mobilisierungen hat die Belgische Regierung bereits ihre friedlichen Absichten betont. Der S. v. S. Staat konnte ja auch schwerlich ohne die Genehmigung und die finanzielle Unterstützung der großen Verbündeten, die ihn aus der Laufe gehoben, sich und die Welt in das Abenteuer eines neuen Balkankrieges stürzen. Zudem ist die eigene innere Lage des Staates, der gerade in letzter Zeit von einer Ministerkrise in die andere rutschte, nichts weniger als erbaulich. Die Gegenläge zwischen Kroaten und Serben, zwischen Republikanern und Anhängern der nicht überall gleichmäßig vorgehenden Diktatorischen Regierung machen die Regierung viel zu schaffen. Neuerdings sollen auch die noch nicht erforderten Selbständigkeitsgebiete der Montenegro, angeblich in Unterstützung des dynastischen so nahe verbündeten Italiens, sogar zu bewaffneten Zusammenstößen geführt haben. Offenbar greifen die von dieser Seite drohenden Unannehmlichkeiten den Italienern die geringste Sorge, zumal es scheint, daß die Offenbarung d'Annunzio und seiner freischaren den Höhepunkt bereits überschritten hat. Was aus Stimmes wird, ist freilich noch eine offene Frage. Aber die Abkündigung in der Kammer hat doch gezeigt, daß die hergebrachte Sympathie, die alle Italiener im Ziele mit d'Annunzio eint, der Politik der extremen Nationalisten, deren Sprache neuerdings ganz und gar pathologisch geworden ist, keine neuen Anhänger zugeführt hat. Das „Borghese“ das für die Entscheidung Tittonis, die Regierung jetzt nicht zu übernehmen sondern aufzulösen, maßgebend gewesen ist, hat schon einiges für sich.

Die Regierung wird in Wahrheit aufpassen, wie es auch Tittoni in seiner großen Kammerrede getan hat, auf die großen Risiken hinweisen, die der Sieg und die Friedensverträge dem Lande gebracht haben. Sie wird daran erinnern können, daß das oberste der nationalen Ziele, die Gewinnung der Italia irredenta weit über alles Erwarten hinaus verwirklicht ist, da auch rein deutsche Gebiete einverleibt wurden. Und noch von größerem Gewicht ist der Hauptkriegsgewinn Italiens, an den es bei seinem Eintritt in den Streit nicht einmal zu denken wagte, die vollkommene Zertrümmerung Österreichs, die internationale Politik des Landes von allen Hinterhältigkeiten und Zweideutigkeiten der Vergangenheit befreit. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, wie sie auch in Frankreich und in den meisten der Siegerländer schlecht ist, und das wird natürlich dazu führen, daß die Sozialisten, die zudem durch das neue Kammer zurückgeführt sind, mit hartem Ansatze in die Wahlgeleit sehr begünstigt sind, die offizielle Sozialistische Partei Italiens von der „Avanti“-Richtung ist neuerdings ganz offen bolschewistisch und kommunistisch, und die starke Anhängerschaft, die sie namentlich in den norditalienischen Städten gewonnen hat, kann leicht bei den Wahlen der Regierung und der Außenwelt einige Überwachungen bereiten. Wie aber die Kämpfe auch ausfallen mögen, es kann für sicher gelten, daß die neue Kammer das Recht der Ratifizierung

Die Hochbahner gegen den Streit.

Zunahme der Arbeitswilligen bei Siemens.

Im übrigen ungeklärte Lage im Metallarbeiterstreik.

Die Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und dem Reichsarbeitsminister einerseits, dem Metallarbeiterverband andererseits stehen nach wie vor auf dem toten Punkt. Die Fünftägigkeitskommission hält an ihren Forderungen fest. Die Aktion der Arbeitsschlichter beim Reichsarbeitsminister am Sonnabend nachmittag hat infolgedessen einen Erfolg gehabt, als heute weitere Besprechungen stattfinden sollen. Zur Streiffrage selbst ist zu bemerken, daß immer neue Arbeitswillige sich mündlich und schriftlich an die Betriebsleitung wenden und ihre Arbeitswilligkeit erklären. So zum Beispiel hatten sich bei den Siemens-Werken bis zum letzten Donnerstag 8000 Arbeitswillige gemeldet, bis zum heutigen Montag ist die Zahl auf rund 11000 angewachsen. Der Streik der Arbeitswilligen ist durch verstärktes polizeiliches Aufgebot gesichert. Die Zahl der Arbeiter, die sich gegen den Willen der Streikleitung zum Ausgehen ohne Bewahrung bereit erklärt haben, wächst, wie aus Arbeiterkreisen mitgeteilt wird, ständig. Die vom Metallarbeiterverband verbreitete Propaganda, in Siemensfabriken hätten Reichswehrtruppen mit schwarz-weiß-roten Fahnen ihren Einzug gehalten, ist freierfunden. Reichswehrtruppen haben sich bisher in Siemensfabriken überhaupt nicht gezeigt, zumal der nunmehr im Hinblick auf die Ausschreitungen gegen Reichswillige durch die Sicherheitspolizei Berlin verstärkte polizeiliche Schutz zurzeit völlig ausreißend erscheint. Wichtig liegen die Verhältnisse bei Westfalen. Auch dort hat die Mehrzahl der Arbeiter der Direktion mitgeteilt, daß sie die Arbeit wieder aufzunehmen wünschen.

Die Streikleitung hat, da sie von Tag zu Tag ihre Hoffnungen schwinden sieht, doch geirrt, auch andere lebenswichtige Industrien in den Streit hineinzuziehen. So haben Eisenbahnen und die Vertrauensleute der Straßenbahnen, Hochbahnen und Omnibusangestellten stattgefunden. Die Vertrauensleute der Hochbahner lehnten eine Beteiligung an dem Streit rundweg ab. Sie erklärten, daß ihre Kollegen für einen neuen Streit unter seinen Umständen zu haben seien. Man wende sich in ihren Kreisen gegen den Nationalismus und Beweis hierfür sei, daß heute nur noch vier Zehntel der Hochbahner dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören, während vor dem Streit etwa acht Zehntel der Hochbahner dem Verband angeschlossen waren. Wichtig äußerten sich die Straßenbahner. Auch hier wurde betont, daß für einen Streit keine Stimmung vorhanden sei. Die Omnibusangestellten sprachen sich in gleichen Sinne aus. Der Streit hat inzwischen eine weitere Verstärkung erfahren. Die A. G. E. in Genußdorf ist lahmgelegt worden, da dort 5000 Arbeiter sich dem Ausstand angeschlossen haben. Auch bei einigen kleineren Betrieben sind die Arbeiter in den Streit getreten.

In den Hauptverhältnissen der Großen Berliner Straßenbahn haben die Streikenden neuerdings eine Erhöhung ihres Stundenlohnes gefordert. Es wurden Erhöhungen zwischen 40-50 Prozent für die Arbeitsstunden verlangt. Da eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht erfolgte, ist die Angelegenheit den Schlichtern zur Entscheidung übergeben worden, der eine Einigung auf mittlerer Basis vorgeschlagen hat. Da die Arbeitnehmer mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sind, haben sie sich zur endgültigen Entscheidung an den Hauptarbitrage als die zweite und letzte Instanz gewandt.

Vor der Entscheidung in Washington.

Die amerikanischen „Einschränkungen“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Dem „Maanbogdenblad“ wird aus New-York gemeldet, man erwarte allgemein, daß der Friedensvertrag mit folgenden Einschränkungen angenommen werden wird: 1. Ausdrückliche Bestätigung der Monroelehre, 2. der Kongreß muß das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob die Truppen der Vereinigten Staaten in Europa gebraucht werden dürfen, 3. der Völkerbund darf nicht das Recht haben, sich in rein innere Angelegenheiten der Vereinigten Staaten einzumischen.

Aus Washington wird gemeldet: Senator Hitchcock hat jetzt die allgemeine Führung der Vorbereitung des Völkerbundesplans übernommen. Während die Beschwörer übereinstimmend sind, daß das Abkommen nicht ohne Vorbehalte durchzuführen sein werden, verhalten sie dennoch mit allen Mitteln, die Änderungsanträge zu bewilligen. Zeit hatte zu diesen Zweck mehrere Besprechungen mit Macumber. Er hat ferner einen neuen eigenen Vorschlag des Völkerbundes auf Artikel 10 vorbereitet. Macumber sagte, daß dieser neue Text sich im wesentlichen gar nicht von seinem eigenen unterscheiden. Senator Johnson erklärte, daß der Schwerpunkt der amerikanischen auswärtigen Politik künftig nicht mehr in Washington, sondern in Genf liegen werde, während Reed behauptete, daß der Völkerbund, statt die Gefahr von Kriegen zu verhindern, gerade neue Kriege herbeiführen werde. Johnson hat seine Redeformen weiter ausgedehnt, da die Abkündigung schneller kommen kann, als man bisher erwartete. Der Sekretär der republikanischen Gruppe erklärte, daß die ganze Beratung und die Abstimmung vor dem 1. November beendet sein wird. Zu der „Evening Post“ hat der Vertrauensjournalist Wilson, Lawrence, die Gefahr, daß der Senat die Änderungsanträge dennoch annehmen wird, sei nicht völlig beseitigt. Die Ablehnung der Anträge des Senators Fall sei keineswegs ein Beweis, daß es mit den anderen Anträgen ebenso gehen müsse.

Die Kommission für Änderung der amerikanischen Staatsverfassung hat den ehemaligen Präsidenten Taft aber gewisse Punkte benennen, welche für eine festere Staatsform notwendig oder erwünscht sind. Taft hat besonders Nachdruck darauf gelegt, daß das System eines festen Jahresrates der Vereinigten Staaten eingeführt wird.

Verfall, 6. Oktober. (W. Z. B.) „Temp“ glaubt, daß am 12. Oktober die erforderlichen drei Ratifikationen der alliierten Großmächte vorliegen sein werden, und daß dann der Rat des Völkerbundes werde zusammenzutreten können. Er habe nämlich in einer Anzahl wichtiger Fragen sofort Entscheidungen zu treffen. Er müsse namentlich innerhalb von vierzehn Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages bei der fünfzigsten Sitzung, die mit einem französischen

und einem deutschen Delegierten die Kommission zu bilden hätten, die die Grenzlinie des Saargebietes festzulegen habe. Außerdem habe er die fünf Mitglieder der Regierung des Saargebietes zu bestimmen sowie deren Präsidenten. Schließlich habe der Rat des Völkerbundes den hohen Kommissar für Danzig zu ernennen. Aus allen diesen Gründen müsse die Einberufung des Rates des Völkerbundes dem Inkrafttreten des Friedensvertrages unmittelbar folgen und diese Zusammenkunft müsse auch dann stattfinden, wenn der Friedensvertrag in Amerika noch nicht ratifiziert sei. Demgegenüber bemerkt der „Antisocial“, man glaube, daß der Rat des Völkerbundes nicht wie Clemenceau in seinem Brief an Oberst House gewünscht habe, im Monat November, sondern erst zu Beginn des kommenden Jahres zusammenzutreten könne. Wie die französischen Blätter melden, hat Guatemala den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

Die Friedensbedingungen der russischen Sowjetregierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Der bolschewistische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hat folgende Erklärung abgegeben, die in einem vom 2. Oktober datierten Radiotelegramm in Paris angelangt ist: Hinsichtlich des Friedens sind unsere Ansichten seit der Ankunft Wollitts unverständlich die gleichen geblieben. Wir sind bereit, in jedem Augenblick Frieden zu schließen, vorausgesetzt, daß die militärischen Operationen im Gebiete des ehemaligen Kaiserreiches sofort beendet und die Wladimir der Alliierten aufgegeben wird. Dieser allgemeine Grundsatze ist unänderbar geblieben. Wir haben niemanden den Kommunismus gewaltsam aufzwingen wollen und wollen das auch in Zukunft nicht. Die Wladimir ist ein großes Unrecht gegen uns.

Verfall, 6. Oktober. (W. Z. B.) Nach dem „Temp“ hat Tschitscherin einen harten Protest gegen jede Entscheidung über die Baltikansinien ohne eine vorherige Lieber-einstimmung mit Rußland veröffentlicht.

Verfall, 6. Oktober. (W. Z. B.) Die einstige konstituierende Versammlung hat in dritter Sitzung den ersten Artikel des Vertrags mit folgenden Wortlaut angenommen: Zur Erreichung eines dem Staate zur Verfügung stehenden Grundbesitzes werden alle auf dem Boden der estnischen Republik befindlichen Güter und Vorräte, die im 597 des baltischen Landesgesetzes genannt sind, samt allem auf ihnen befindlichen Inventar, gleichgültig, ob es dem Ostseebauer, Inhaber oder Pächter gehört, zugunsten des Staates zu verfallen. Von der Entscheidung ausgenommen sind Güter und Vorräte der Kirche, die Erben, wirtschaflichen und wissenschaftlichen Vereine, sowie der Zirkle und Gemeinden, ferner das Inventar der Kirchen und der Schulen und Vorräte, falls sie nicht zu Rittersitzbesitzern gehören, und deren Inventar der Gutsherrscher, die nicht Rittersitzbesitzer sind, und deren Nachlassvertrag vor dem 11. November 1918 geschlossen wurde.